

## Dezember 2002

**Wir wünschen Ihnen ein frohes  
Weihnachtsfest und ein gutes,  
neues Jahr.**



## Bitter die Klagen erklingen . . .

... der Bürger traut seinen Ohren kaum. Wir hören zur Zeit eine Klagesymphonie, obwohl wir alle etwas Aufbauendes brauchen. Die Politiker aller politischen Ebenen versammeln sich, um gemeinsam zu klagen.

Die vom Bund klagen über die Welt, die vom Land über den Bund, die vom Kreis über das Land und die von der Gemeinde klagen über alle. Wir müssen so deutlich wie noch nie zur Kenntnis nehmen:

**Die Ausgaben aller öffentlichen Haushalte liegen weit über den Einnahmen.**

Dieser ungesunde Zustand muss beendet werden. Was aber wird getan? Die Verantwortlichen für diese Misere schieben die Schuld

lautstark anderen in die Schuhe. Selbstverständlich muss in einer Demokratie über verschiedene Lösungsansätze gestritten werden, aber dringend notwendige Ansätze sind kaum vorhanden. Wenn sie aber von einer Partei für die Bundesebene formuliert werden, dann sollten sie auch für die kommunale Ebene gelten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Schauerte wird in der Westfalenpost am 23.11.2002 zitiert: „Es reicht! Die CDU wird Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht zustimmen!“

Warum gilt das nicht in Drolshagen?

**[www.ucw-drolshagen.de](http://www.ucw-drolshagen.de) gehört zu Ihren Favoriten!**

- **Steuern und Gebühren: Sie gehen hoch!**
- **Ennert-Voßhölzchen: Verluste ohne Ende!**
- **Baugebiet Iseringhausen: Nichts gelernt!**
- **Selbstbedienungsladen: Abwasser-„Betrieb“**
- **Haushalt 2003: Das Ende der Fahnenstange erreicht!**
- **Neue Turnhalle: Kein Heimspiel für unsere Handwerker und Betriebe!**
- **Stadt / Dorf-Marketing: Ein Lichtblick**

## Alle Jahre wieder . . .



### . . . kommt der Griff in die Tasche des Bürgers.

Wie aus dem vorgelegten Haushalts-Entwurf 2003 ersichtlich, werden CDU und Bürgermeister folgende Abgabenerhöhungen für die Drolshagener Bürger, die Einzelhändler, die Handwerker und die Unternehmer vornehmen:

**Grundsteuer + 23%, Gewerbesteuer + 6%.**

Gegen die Stimmen der UCW hat die CDU bereits folgende Erhöhungen ab 01.01.2003 beschlossen:

**Winterdienst + 67%, Straßenreinigung + 17% und Abwasser + 8%.**

Von Sparen und Haushaltskonsolidierung ist wie immer nichts zu sehen. Trotz massiver Abgabenerhöhungen weist der vorgelegte Haushalt 2003 einen strukturellen **Fehlbetrag von 2,0 Mio. €** aus. Um diese Mehrausgaben abzudecken, müssen neue Schulden aufgenommen und die Rücklagen entsprechend reduziert werden. Ende 2003 hat die Stadt wahrscheinlich keine freien Rücklagen mehr (1997 waren es 1,3 Mio. €). Angesichts der auch schon in beiden Vorjahren zu verzeichnenden Fehlbeträge hatte die **UCW** Spar-

vorschläge unterbreitet, die alleamt von der CDU abgelehnt wurden. Jetzt werden die **Fehlentscheidungen der CDU** offenkundig und können nicht mehr verheimlicht werden. **Die Schulden haben sich seit 1993 um mehr als 3 Mio. €** erhöht. Dennoch will die CDU so „weiter wurschteln“.

Der **Katastrophenhaushalt 2003** führt zu einer nachhaltigen Störung des gesetzlich vorgegebenen Prinzips des Haushaltsausgleichs und mündet letztendlich im sogenannten Haushaltssicherungskonzept.

## Morgen, Bürger, wird's was geben . . .



### . . . denn mit den Horrormeldungen aus dem Haushalt ist es noch nicht genug!

Das Erschließungsträger-Modell für das Objekt **Ennert-Voßhölzchen** wird bis heute außerhalb der Haushaltsrechnung geführt. Inzwischen ist der absolut sichere Verlust bis jetzt auf ca. 500.000 € angewachsen (mit absehbar steigender Ten-

denz). Im Jahre 2004 wird dieser Posten haushaltswirksam und muss dann von allen Drolshagener Bürgern über Steuer- und Gebührenerhöhungen finanziert werden.

Die **UCW** hat seit Jahren vor der Finanzierung eines Gigantismus in dieser Form gewarnt, stieß aber bei CDU und Bürgermeister auf taube Ohren. Die **UCW-Anträge** auf reali-

stische Kostenermittlungen und Folgekostenberechnungen wurden permanent in der Stadtverordnetenversammlung abgeschmettert.

2004 wird allen Drolshagener Bürgern die Rechnung dieser CDU-Politik vorgelegt, und **auch Sie werden diese Zeche zahlen müssen!**

## Oh Baugebiet, Oh Baugebiet . . .



### . . . du (Ennert-Voßhölzchen) solltest uns was lehren.

Aber weder die CDU-Mehrheitsfraktion noch die Verwaltung sind in diesem Punkt lernwillig.

In Iseringhausen bahnt sich schon die nächste Katastrophe an. Kein Erschließungsträger wollte das hohe Vermarktungsrisiko übernehmen. Also hat sich Drolshagen ein großes Baugebiet ans eigene Bein gebunden.

18 einheimische Bauwillige sind da, aber 40 Bauplätze wurden erschlossen!!!.

Angeblich ging es nicht kleiner. Die

Erschließung eines so großen Baugebietes kostet viel Geld. Also müssen die erschlossenen Grundstücke möglichst schnell verkauft werden. Da aber nicht so viele einheimische Bewerber da sind, werden die überzähligen Grundstücke auch an Bewerber verkauft, die nicht unter das bewährte Einheimischen-Modell fallen. Dieses Modell stellte bisher sicher, dass die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Bauflächen an Einheimische vergeben wurden. Die CDU war eilig bereit, dieses Modell aufzugeben.

Die UCW dagegen wendet sich im langfristigen Interesse der Bürger

unserer Stadt gegen eine derart kurzatmige Politik. Wir beantragten die Baugebiete **bedarfsorientiert zu erschließen**. Die Vorteile liegen auf der Hand:

1. Alle Bauwilligen erhalten im ersten Abschnitt ein Grundstück.
2. Die Stadt hat kein Finanzierungsrisiko.
3. Potentielle Bauflächen bleiben für spätere Zeiten erhalten.
4. Das Einheimischen-Modell kann erhalten bleiben.

Mehr Information unter:  
**[www.ucw-drolshagen.de](http://www.ucw-drolshagen.de)**

## Heftig steigt die Gebühr . . .



### **Schlechte Zeiten für Weihnachtsgänse und die Gebührenzahler der Stadt Drolshagen.**

Sie werden in diesen Tagen gerupft, man kann sagen: ausgenommen! **Massive Erhöhungen von Grundsteuer und Gewerbesteuer, galoppierende Neuverschuldung mit steigenden Zinslasten, Abschmelzen der Rücklage.** Aber es passt gut ins Bild: Berlin, Düsseldorf, Drolshagen, da muss man nicht zimperlich sein.

Die CDU-Fraktion hat mit ihrer Entscheidung, die Abwassergebühr zu erhöhen, dafür gesorgt, dass die Bürger in Drolshagen weiter geschröpft werden. Die UCW hat deutlich gemacht, dass es auch anders gehen kann und gehen muss.

Die Lösung heißt:

Einrichtung eines Abwasser-Eigenbetriebs!

Außer in Drolshagen und Attendorn ist in allen übrigen Kommunen des Kreises der Abwasserbereich als

Eigenbetrieb organisiert. CDU und Verwaltung in Drolshagen halten an der bürgerfeindlichen Form des „Regiebetriebs“ fest.

Dementsprechend sind die Abwasserpreise nirgendwo so hoch wie in Drolshagen. In Olpe lag in diesem Jahr der Preis für den Kubikmeter bei 2,16 €, in Drolshagen bei 3,39 € und es werden nach dem Willen der CDU im nächsten Jahr 3,66 € sein.

**Herr Rüsche glaubt immer noch an den Weihnachtsmann:** „... die Stadt verteilt Geschenke. Der Abwasserpreis wird vom allgemeinen Haushalt subventioniert“. Ignoranz und Unkenntnis bilden bei der CDU-Fraktion inzwischen eine gefährliche Symbiose.

Die Vorteile eines Eigenbetriebs und die einhergehenden niedrigeren Gebühren liegen klar auf der Hand:

- Die von den Bürgern gezahlten Abwassergebühren fließen ausschließlich dem Abwassereigen-

betrieb zu. (Bisher werden ca. 500.000 € pro Jahr zweckentfremdet verwendet, die der Abwasserbereich nie sieht. Es sind die sog. kalkulatorischen Kosten).

- Der Eigenbetrieb dagegen stellt eine Jahresbilanz auf, aus der für jeden Bürger klar die Vermögens- und Ertragssituation ersehen werden kann, ebenso die Kalkulation.

- Aus Überschüssen werden Rücklagen für Investitionen gebildet oder aber die Gebühren der Beitragszahler gesenkt.

Es ist uns rätselhaft, wie die CDU da seit Jahren auf „neue Erkenntnisse“ warten kann.

**Die UCW hat erneut beantragt, sofort die Einrichtung eines Abwasser-Eigenbetriebs zu beschließen. Die Verwaltung solle Anfang 2003 einen Realisierungsfahrplan vorlegen.**

**Der Antrag wurde abgelehnt!!**

Wir freuen uns darüber, dass die SPD-Fraktion inzwischen unsere Haltung zu diesem Thema teilt.

## Es ist für uns eine Zeit angekommen . . .



**. . . laut und deutlich zu sagen: „So, nicht!!“**

Die UCW mahnt schon seit vielen Jahren an, dass die unkritischen, oft nur unter kurzfristigen Aspekten getroffenen Entscheidungen der CDU-Mehrheitsfraktion in eine finanzielle Misere führen. Vor allem die hausgemachten Probleme schlagen heute durch, nicht nur Fehlentscheidungen auf Landes- oder Bundesebene.

Pure Schwarz-Weiß-Perspektiven trüben den genauen Blick, der nötig ist, um zu klaren Fehleranalysen zu kommen.

Wenn aber Bürgermeister und CDU diese **Misere** durch Steuer- und Gebührenerhöhungen auffangen wollen, dann zeugt dies von **Konzeptlosigkeit**. Was soll man von

den Versprechungen der CDU im Bund und im Land als Oppositionspartei und den Entscheidungen der CDU in Drolshagen halten? Wenn Reden und Tun so konträr sind, geht jede Glaubwürdigkeit verloren. Wie in den vergangenen Jahren sind wir strikt gegen Steuererhöhungen, denn sie sind Gift für die jetzige konjunkturelle Lage, sowohl in Bezug auf die privaten Haushalte als auch in Bezug auf die Betriebe.

Wenn wir unsere Entscheidungsfreiheit als Kommune behalten wollen, müssen wir spätestens jetzt den eingeschlagenen Trott verlassen. Denn wenn wir es nicht tun, werden wir dazu von anderen gezwungen. Im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes

bestimmt der Regierungspräsident, was in Drolshagen geht und was nicht.

**Vielleicht ist es ja das, was die CDU will. Man fährt die Karre vor die Wand und lässt die unangenehmen Botschaften von anderen verkünden.**

Verantwortungsvoll kann man das nun wirklich nicht nennen.

Die UCW hat entsprechende Anträge, die Steuererhöhungen vermeiden, gestellt und hat alle Fraktionen aufgefordert, mit uns weitere Lösungen für die Finanzmisere zu erarbeiten.

**Lesen Sie unsere Haushaltsrede und die Anträge auf unserer Homepage:**

[www.ucw-drolshagen.de](http://www.ucw-drolshagen.de)

# Morgen kommt der Großauftrag . . .

**Q . . . , doch leider nicht für Drolshagener Handwerker.**

Die Stadtverordnetenversammlung hat vor geraumer Zeit den Neubau einer Sporthalle an der Gräfin-Sayn-Schule mit den Stimmen **aller Fraktionen** beschlossen. Das Bauvolumen beträgt hier rd. 3,1 Mio. €. Nun wäre es doch bei einer solch hohen Auftragssumme sinnvoll, darauf zu achten, dass Drolshagener Handwerker die Chance haben,

einige Aufträge für das Großprojekt zu erhalten. Aus diesem Grund setzte sich die UCW für eine Einzelausschreibung ein.

Bürgermeister und CDU favorisierten die Auftragsvergabe an einen Generalunternehmer, was die Chancen für die heimischen Betriebe erfahrungsgemäß deutlich schmälert.

Können Sie das verstehen? Könnte es sein, dass die Mehrheitsfraktion

das Verwaltungsinteresse, nur mit einer Firma verhandeln zu müssen, über die Bürgerinteressen stellt?

Die Drolshagener Handwerksbetriebe können dank Verwaltung und CDU nur noch zuschauen, wie Fremdfirmen und Subunternehmer für ihre Umsätze die Steuern und Gebühren der einheimischen Bevölkerung (und nicht zuletzt auch der einheimischen Handwerker) „abzweigen“.

Die bequemen Lösungen von heute sind die unbequemen Aufgaben von morgen.

John Major

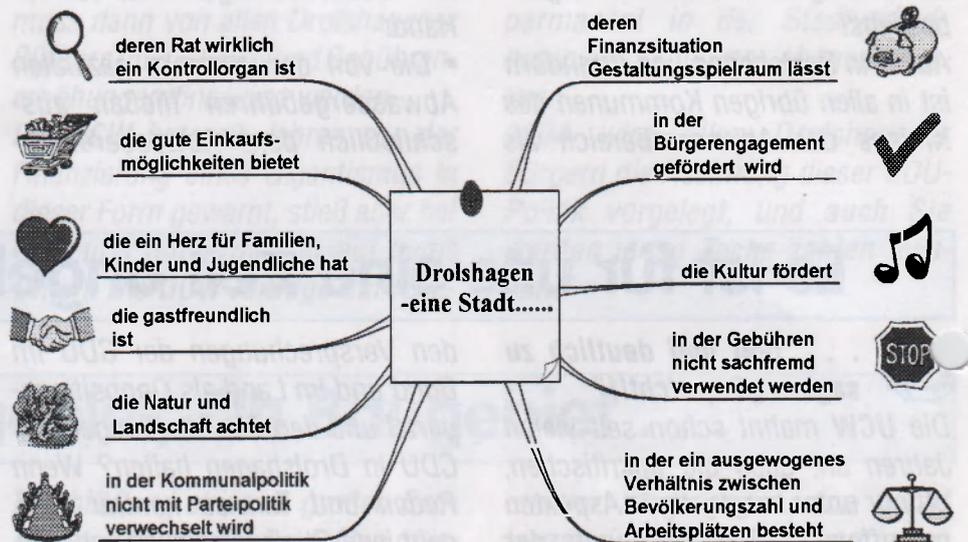
# Lasst uns froh und munter sein . . .

**✓ . . . , denn unser Stadtmarketing hat begonnen. Zwei Werkstattgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen. Eine Gruppe befasst sich mit den Bereichen Wirtschaft, Handel und Städtebau / Dorfgestaltung. Die andere Gruppe bearbeitet die Bereiche Tourismus, Freizeitangebote und soziales Leben. Bisher hat man zu diesen Themenbereichen die Stärken und Schwächen besprochen und in einem ersten Arbeitspapier zusammengestellt.**

Außerdem sind 300 Haushalte befragt worden. Jeder Bürger hatte die Möglichkeit einen ausgefüllten Ideenbogen abzugeben.

Die Problemlage ist jetzt erfasst und man kann nun Konzepte entwickeln und erproben, um das Leben in Drolshagen noch angenehmer zu machen.

Denn dass nicht alles rund läuft, wurde in den letzten Wochen deutlich. Es zeigte sich aber auch, dass es viele Leute gibt, die Ideen haben. Wir erwarten, dass die Arbeits-



weise im Stadtmarketingprozess die notwendige Offenheit garantiert und nicht von vorne herein Ideen abblockt, nur weil sie von einer unerwünschten Seite kommen. Bisher ist dieser Eindruck nicht entstanden und wir hoffen, dass dies auch so bleibt, wenn es in die konkretere Phase geht.

Etliche Handlungsfelder, die wir in unserem Leitbild für Drolshagen benannt haben (vgl. UCW. aktuell, April 2002), spielen auch im Stadt-

marketingprozess eine große Rolle. Die Öffentlichkeit braucht öffentlich diskutierte Leitlinien. Das erhöht die Akzeptanz von politischen Entscheidungen.

Auf der Website der Stadt Drolshagen [www.drolshagen.de](http://www.drolshagen.de) finden sie unter der Rubrik „Aktuelles“ jeweils die neuesten Protokolle der beiden Arbeitsgruppen.

Schauen Sie doch einmal rein. (Der Aufbau dieser Seite ist recht langsam. Haben Sie bitte Geduld!)